

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	41 (1947)
Heft:	4
Artikel:	Das Recht des englischen Sozialismus : Vortrag, gehalten auf dem Religiös-sozialen Ferienkurs in Malans (Schluss)
Autor:	Furrer-Proud, Millicent
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-138956

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

A. Sie wird als Kirche stürzen, mit der Katastrophe der Welt. Sozusagen grundsätzlich. Als Prinzip. Aber ihre *Form* mag wohl noch halten, bis auch sie reif ist zum Sturze.

F. Und wann wird sie dazu reif sein?

A. Wenn das *Neue* reif ist! Aber sicher ist — in *diesem* Sinne der Sturz des Tempels.⁴⁾

(Fortsetzung folgt.)

Das Recht des englischen Sozialismus

(Vortrag, gehalten auf dem Religiös-sozialen Ferienkurs in Malans.)

(Schluß.)

Die große Frage ist aber, wieviel Opposition sie wird überwinden müssen, im Innern und im Ausland. Die Faschistenbewegung unter Mosley ist noch am Leben, obwohl sie bis jetzt wenig Anklang gefunden hat. Die Konservativen haben die Presse, und die Plutokratie kann immer noch die demokratischen Ziele einer Arbeiterregierung beeinträchtigen. Sogar das Organ der Regierung, der „Daily Herald“, ist zur Hälfte in den Händen von Odhams, das heißt Kapitalisten.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und der Gründung der „Daily Mail“ und „Daily Mirror“ etc. durch Lord Northcliffe hat die herrschende Klasse es unternommen, das Volk zu erziehen — in ihrem Interesse natürlich, und zur gleichen Zeit ihre Geschäfte zu machen. Wie in allen anderen kapitalistischen Geschäften war die Entwicklung zum Monopolismus gegeben, und nun sieht sich die Arbeiterregierung vor das Problem gestellt, wie sie das Volk zur Demokratie, zur wirtschaftlichen Demokratie erziehen kann, während die Presse in den Händen ihrer Gegner ist. Man kann natürlich sagen, in Neuseeland habe die Arbeiterregierung zehn Jahre lang ihre Pläne durchgeführt mit kaum einer Zeitung auf ihrer Seite, und Roosevelt sei viermal gewählt worden, obwohl die Presse fast einstimmig gegen ihn war. Aber man sah letzten Monat, wie die konservative Presse sich gegen die Brotrationierung einsetzte, so daß die Rede Stracheys wenig Wirkung hatte. Trotzdem hat die Regierung ihre Ernährungspolitik durchgeführt. Es ist, wie de Valera sagt: „Die Briten ertragen den größten Teil der Schwierigkeiten aus freien Stücken, um für den Kontinent mehr Zufuhren verfügbar zu machen, als es sonst möglich wäre.“ Der neue internationale Geist der Arbeiterpartei macht sich bemerkbar.

⁴⁾ Ausführliches über Kirche und Gemeinde und die Art, wie die Gemeinde im Einzelnen zu denken ist, findet sich in meinem Buche: „Die Botschaft vom Reiche Gottes“.

Die Gefahr eines Pressemonopols besteht doch, und es ist erfreulich, daß die Journalisten selbst (und viele Abgeordnete) nun eine Kommission verlangen, zur Untersuchung des ganzen Problems.

Nicht nur von Gegnern in Großbritannien selbst muß Attlee Opposition erwarten, sondern vor allem von USA., wo der Glaube an die sogenannte „freie Wirtschaft“, wie sie den Monopolkapitalismus nennen, noch stark ist. Deshalb kann man diese neue Anleihe von Amerika als ein zweifelhaftes Geschenk betrachten. Der „Economist“ sagt: „Nun sind wir unwiderruflich verpflichtet, mit der amerikanischen Wirtschaft Schritt zu halten.“ Und wenn man an die Krise der dreißiger Jahre denkt, die in USA. ausbrach und die anderen Länder mit sich riß, kann man die melancholische Bemerkung des „Economist“ würdigen. „Nicht nur wir, sondern ein großer Teil der Welt hängt nun von dem guten Benehmen Amerikas ab.“

Aber Rußland hat seine sozialistischen Ziele trotz der Opposition der übrigen Welt durchgeführt, und es ist zu hoffen, daß Großbritannien mit anderen Mitteln den gleichen Erfolg haben wird.

Bedenklicher scheint mir die Außenpolitik der Arbeiterregierung. Man braucht nur den Spott der unterdrückten Völker zu hören: „Wie- so gleicht die britische Labour Party einer Guitarre? Weil sie beide in der linken Hand gehalten und von der rechten gespielt werden.“ Man weiß, daß solche Witze nicht von ungefähr entstehen.

Das Problem, das uns vor allem beschäftigt, ist das Los Palästinas, und wir können es kaum fassen, daß diese Unterdrückung der Juden das Werk einer sozialistischen Regierung ist. Man darf zwar nicht vergessen, was alles mitspielt, die Macht der Oelinteressen, die strategische Lage Palästinas und vor allem die Angst vor Rußland.

Nachdem die Araberrevolte von 1936 bis 1939 unterdrückt wurde, befriedete die englische konservative Regierung die Araber durch das „Weißbuch“, was eigentlich ungefetzlich war unter dem Mandat, und die Juden natürlich empörte, weil es versprach, der jüdischen Einwanderung Einhalt zu gebieten.

Nun — obwohl die Labour Party sich vorher verpflichtet hatte, die Uebel des „Weißbuches“ zu beseitigen und die Juden zu unterstützen, änderte sie die Politik nicht, so daß ein paar Wochen nach den Wahlen der Umschwung unter den Juden zu konstatieren war. Sie hatten ihre Hoffnung in die Labour Party aufgegeben, und die gemäßigten Führer verloren die Herrschaft und bereiteten sich vor, für ihre Rechte, die das Mandat ihnen gegeben und die das „Weißbuch“ gestohlen hat, zu kämpfen.

Im Mai dieses Jahres sagte Attlee, er würde den anglo-amerikanischen Bericht nur annehmen unter der Bedingung, daß die illegalen Truppen in Palästina entwaffnet würden, was bedeutet hätte, daß die Araber durch ihre Nachbarn unterstützt worden wären, und die Juden,

die den Engländern im Kriege so loyal beigestanden waren (27 000 gingen nach Uebersee) und von den Engländern in Sabotage und Guerrillakrieg trainiert wurden, hilflos gewesen wären.

Ich brauche nicht auf die Einzelheiten des Terrorregimes in Palästina einzugehen. Sie kennen sie aus der Tagespresse, aber es ist wichtig, daß man die Zusammenhänge versteht. Warum haben die USA., die soviel Sympathie für die 100 000 Einwanderer bekunden, nicht die Engländer unterstützt, um sie von dieser verhängnisvollen Politik abzuhalten? Mit Rücksicht auf die Wahlen und die 6 Millionen Juden in Amerika kann das State Department die Juden nicht preisgeben, aber es sind „pressure groups“ (Druckgruppen) an der Arbeit, wie zum Beispiel die Flugzeug „pressure group“, die ihre Flugbasen im Mittleren Osten haben wollen, es sind Oel „pressure groups“, die die Oelleitung von Saudi Arabien bis Haifa nicht gefährden wollen. Man sagt, Ibn Saud habe gedroht, die Oelfelder zu zerstören (was in drei Stunden möglich wäre) und die Konzessionen den Amerikanern wegzunehmen, falls die USA. die Juden unterstützten. Deshalb ihre zweideutige Politik. Auch die englische Politik ist zweideutig gewesen. Bevin hat oft von der Notwendigkeit gesprochen, den Lebensstandard der Fellachen, der armen arabischen Bauern zu heben. Aber er unterstützt die Ef-fendi, die arabischen Herrscher. Er bezahlt zum Beispiel 50 % des gesamten Einkommens Ibn Sauds; er hat Transjordanien zu einem unabhängigen Staat gemacht mit einem Marionettenkönig, in einem Land von größter Armut. Er finanziert und trainiert sogar die transjordanische Armee. Er scheint die neue Gewerkschaftsbewegung und die neue Mittelklasse zu unterschätzen, die wirklich die Massen vertreten. (Auch in Palästina haben die Engländer viele Arbeiter- und Gewerkschaftsführer verhaftet lassen. Wie ein englischer Beamter sagte — die Juden wären nicht so schlimm, wenn sie nicht sozialistisch wären.) Wenn die Labourpartei dieses Erwachen Asiens unterschätzt, gibt es eine andere Macht, die gerne bereit ist, es für ihre Zwecke auszunützen. Der „New Statesman“ vom 27. Juli weist auf die Streiks in den iranischen Oelfeldern hin und sieht darin eine praktische Demonstration Stalins, daß, wenn Rußland an den Diskussionen über Palästina nicht teilnehmen darf, es andere Mittel hat, seinen Einfluß geltend zu machen.

Im Falle eines Krieges gegen Rußland würde das englische Oel aus Iran sofort abgeschnitten werden, und auch in Irak würde das bald geschehen. Nicht nur wäre kein Oel vorhanden — und stellen Sie sich einen modernen Krieg ohne Oel vor —, sondern die Massen würden sich gegen ihre korrupten Herrscher erheben und Rußland unterstützen. Sozialismus im Bündnis mit einem amerikanischen Block, auch unter der Führung der Labourpartei, wäre für diese Massen ein Betrug. „Die Russen wissen, und wir sollten es selbst zugeben, daß wir uns nicht auf die Araberstaaten und Iran verlassen können“, sagte der

„New Statesman“ und verlangt, daß die britische Regierung die neuen Volkskräfte unterstützt und sie in friedliche, konstruktive Wege leitet.

Palästina und der Mittelosten ist nur ein Beispiel der schwierigen Probleme, die die Labour Party vor sich hat. Lafki und viele andere Arbeiterführer in England sehen die Gefahr und warnen vor einer Befriedung der korrupten arabischen Oligarchie. Aber leider haben Attlee und Bevin ein verhängnisvolles Erbe übernommen. Die Beamten sind nach den Wahlen nicht anders geworden. Ihre Sympathien sind mehr auf der Seite der Oligarchie als bei dem Volk, und General Barker ist nur ein Beispiel von Antisemitismus in der britischen Verwaltung. Es gibt britische Beamte, die das Problem dadurch lösen wollen, daß sie den Mufti — diesen Freund Hitlers — zum mächtigsten Mann in einem Araber Staat machen wollen. (New Statesman).

Was Attlees Regierung in Indien unternommen hat, scheint uns erfreulicher und von revolutionärer Bedeutung. Nie zuvor hat ein Weltreich einem beherrschten Volk gegenüber seine Macht aufgegeben. Wavell, der Vizekönig, ist der richtige Mann für so eine Aufgabe. Erstens ist er ein General, der den Frieden will, und zweitens hat er seine Reife nach Indien unternommen mit der Wahrheit im Munde. Er hat die grausame Wahrheit der Lage in Indien nach 150 Jahren britischer Herrschaft zugegeben.

Die Mission, die Attlee nach Indien schickte (drei Kabinettsmitglieder, Cripps, Pethick-Lawrence und Alexander) war überdies ein Beweis, daß es ihm ernst damit war. Ich brauche nicht die Detailfragen zu behandeln und die enormen Schwierigkeiten zu erwähnen, aber wir dürfen den Widerstand gegen England nicht unterschätzen, besonders unter den Leuten, die etwas von der Unterdrückung der Inder gespürt haben, die finden, was ihre Freiheitskämpfer gelitten haben, könne mit dem Lager von Belsen verglichen werden. Solche Leute wollen nicht ein Dominion des Britischen Weltreichs — sie wollen unabhängig werden. Wenn die Engländer Indien verlassen können, ohne die guten Bindungen, die sie dort geschaffen haben, zu zerreißen, so ist es Attlee und seiner Regierung zu verdanken.

Nun aber sind die drei Kabinettsmitglieder nach Hause abgereist, und die Arbeit bleibt denjenigen Beamten überlassen, die 25 Jahre lang gegen den Kongress gekämpft haben, die nach den Kriegsjahren übermüdet und wenig geeignet sind, ein neues System einzuführen, eine Volksbewegung zu verstehen. Die Wandlungen, die in Indien vor sich gehen, sind groß. Das Kastensystem wird in einigen Jahren liquidiert sein, die Moslemfrauen geben ihr Purdah auf, die Unberührbaren werden als Menschen betrachtet, usw. „Sozialistisches Denken hat in diesen Jahren einen ungeheuren Fortschritt gemacht“, sagt Brailsford, „und der Kommunismus, obwohl immer noch unbeliebt, ist heute eine Macht. Aber“, fährt er fort, „Gandhis Betonung der Ethik und non-

violence hat die indische Denkweise durchdrungen und wird ihn überleben, wenn seine Stimme nicht mehr vernommen wird.“

Wie wichtig eine friedliche Lösung des Indienproblems ist für ganz Asien, für die ganze Welt, wissen wir. Und wie viel könnten wir von ihnen lernen, wenn wir sie als gleichberechtigt betrachten könnten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung in Südafrika, wo die $\frac{1}{4}$ Million Inder sich gegen die Absonderungsgesetze auflehnen. Sie besitzen dort Land, was für Asiaten verboten ist, viele sind im Gefängnis wegen passivem Widerstand. In Durban sind die Inder nun fast so zahlreich wie die Europäer und in 50 Jahren wäre das Verhältnis wahrscheinlich 3 : 8.

Aber noch gefährlicher als in Südafrika steigen die Wolken auf über China, und obwohl Großbritannien vorläufig nicht beteiligt ist, würde ein Konflikt zwischen der Sowjetunion und USA. dort zu einem Weltbrand und einem Atombombenkrieg werden. Deshalb geht es vor allem darum, diese Differenzen auf friedlichem Weg zu lösen. So lange die Kuomintangtruppen von Amerika unterstützt werden, wird die Gefahr eines Bürgerkrieges noch erhöht, wie Madame Sun-Yat-sen betont. Vorläufig hat Großbritannien in diesem Gebiet nicht viel zu sagen, die Engländer verstärken aber ständig ihre Position in Hongkong und hoffen sicher, dort bleiben zu können.

Die Differenzen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion kommen eher zur Geltung in der Adria und vor allem in Deutschland. In wie weit handeln die Engländer als Sozialisten? Ein Artikel in der letzten Nummer des „New Statesman“ ist lehrreich, indem er uns zeigt, wie die Arbeiteropposition in England darüber denkt.

Zunächst zeigt der Leitartikel, was die Sowjetunion unter Ausrottung des Faschismus versteht, nämlich die Änderung der Grundlage der Klassenherrschaft durch gründliche Bodenreform und Expropriation der großen Kapitalinteressen, was im großen und ganzen in der russischen Zone geschehen, und in den anderen drei Zonen nicht einmal angefangen ist.

Was denkt Mr. Attlee darüber? Geht er einig mit Mr. Byrnes und Mr. Churchill oder mit Mr. Molotow? „Seine Regierung“, sagt der „New Statesman“, „hat sich bis jetzt zweifellos in Deutschland so benommen, als ob er mit Mr. Byrnes und Mr. Churchill einverstanden wäre“. Und die Amerikaner, die den Kapitalismus wieder herstellen wollen, unterstützen natürlich die Nazifreunde. „Die Engländer sollten“, behauptet der „New Statesman“, „eine Politik der gründlichen wirtschaftlichen Reform betreiben und die Franzosen dazu bringen, das gleiche zu tun. Eine solche Reform müßte man unter Zusammenarbeit der Deutschen, die helfen wollen, durchführen. Man müßte den anti-demokratischen politischen Kräften jede wirtschaftliche Macht nehmen. Zweitens sollte man einen Vier-Mächte-Plan für die Kontrolle der Ruhr ausarbeiten — auf sozialistischer Grundlage — und die

Kooperation der Sowjetunion verlangen. Laßt uns klar sehen, was für einen Preis wir für eine Zusammenarbeit mit den Amerikanern gegen die Sowjetunion in Deutschland bezahlen müßten. Eine solche Partnerschaft würde uns zwingen, ein kapitalistisches Deutschland wieder herzustellen, was unvermeidlich ein gefährliches Deutschland wäre, wo Militarismus und nationaler Imperialismus wahrscheinlich wieder aufleben würden“.

Was nötig ist, ist eine Bodenreform und eine Demokratisierung der Wirtschaft, wozu die Amerikaner gewiß keine Hand bieten werden.

Hier liegt klar die Gefahr, vor der die Arbeiterregierung steht. Kann sie wagen ohne USA. (trotz Anleihe), ein sozialistisches Deutschland zu unterstützen? Wir sehen die großen Schwierigkeiten, die Attlee und sein Team zu überwinden haben, aber wir hoffen, daß ihre traurige Politik in Griechenland und in Spanien nicht in Deutschland wiederholt wird: wir hoffen, daß die zielbewußten Sozialisten im Parlament ihren Einfluß zur Geltung bringen. Ein lauwarmer Sozialismus in der Außenpolitik Englands wird eine Stärkung der Reaktion zur Folge haben. In unserer Hoffnung auf den Frieden dürfen wir diese wachsende Reaktion nicht übersehen; in Spanien, in Argentinien (auch wenn es Mitglied der UNO ist und mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen hat). In Frankreich heben die Feuerkreuzler den Kopf wieder. In Italien werfen die Faschisten Bomben in republikanische Versammlungen, in Griechenland sind die Gefängnisse voll von Soldaten der Widerstandsbewegung. Bis vor kurzem war der Mann, der Hitlers Polizeichef im besetzten Holland war, Polizeichef in Hannover usw. So warnt unter anderen ein amerikanischer Kommentator, der eine Rede am B. B. C. hätte halten sollen. Obwohl Pressefreiheit in England besteht, kann man leider nicht das gleiche sagen vom Radio. Die Rede wurde nicht gehalten. Aber glücklicherweise konnte man sie in „Picture Post“ lesen.

Dieser Reaktion dürfen wir in der Schweiz nicht Vorspann leisten, indem wir von den Sünden der Russen sprechen und die Sünden der anderen vergessen. Priestley, der englische Schriftsteller, behauptet, daß für jedes Pfund prorussischer Propaganda, die die Kritiker lesen, ein halber Zentner antirussischer Propaganda auf sie geschüttet werde. Ob die englische Arbeiterregierung mit der Sowjetunion die sozialistischen Kräfte gegen die wachsende Reaktion zusammenfassen kann, bleibt abzuwarten, aber sie wird auf alle Fälle die Unterstützung aller jener Kräfte brauchen in allen Ländern, die den Krieg aus der Welt schaffen wollen. Es ist ein Wettrennen zwischen Erziehung und Katastrophe.

Millicent Furrer-Proud